

*Betreff:***Neubau Kita Stöckheim-Süd, Braunschweig  
Kostenerhöhung***Organisationseinheit:*Dezernat VIII  
0650 Referat Hochbau*Datum:*

14.01.2022

*Beratungsfolge*

Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)

*Sitzungstermin*

26.01.2022

*Status*

Ö

**Beschluss:**

„Die Kostenerhöhung, die sich gegenüber der Kostenberechnung vom 02.10.2019 ergibt, wird mit 360.100 € festgestellt.

Einer Erhöhung der Gesamtkosten von 3.427.900 € auf 3.788.000 € wird zugestimmt.“

**Sachverhalt:**

Die Inbetriebnahme ist für das 2. Quartal 2022 geplant.

Bei der Baumaßnahme Neubau Kita Stöckheim Süd werden sich Mehrkosten in Höhe von 360.100 € ergeben.

Der Bauausschuss hatte in seiner Sitzung am 03.12.2019 (Ds. 19-11930) der Baumaßnahme zugestimmt und die Gesamtkosten mit 3.427.900 € festgestellt.

Die sich durch die Kostenerhöhung ergebenden Gesamtkosten betragen 3.788.000 €.

Die Kostenerhöhung wird wie folgt begründet:

Im Zuge der Bauabwicklung haben sich Mehrkosten ergeben, die im Wesentlichen auf nachstehende Ursachen zurückzuführen sind:

- Wiederholte Ausschreibungen und daraus resultierend spätere Beauftragungen, u. a. durch Bindefristabläufe und Absagen der Auftragnehmer wegen Corona.
- derzeit verlängerte Lieferzeiten und deutliche Preissteigerungen (konjunkturelle Steigerung durch Corona-Pandemie).
- Geänderter Standard von Gips- auf Kalkzementputz

Einsparungen zur Reduzierung der Baukosten können bedingt aufgezeigt werden. Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel ist zur Schaffung der Funktionsfähigkeit der Maßnahme erforderlich.

### Haushaltsmäßige Auswirkungen:

Bei dem Projekt „Kita Stöckheim Süd / Neubau (4E.210252)“ stehen im Haushalt 2021 folgende Finanzraten zur Verfügung:

<b>Gesamtkosten</b>	<b>Bis 2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>Restbedarf ab 2025</b>
<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
3.428	2.430	998	0	0	0	0

Dabei berücksichtigt sind die in 2019 für andere Projekte überplanmäßig / außerplanmäßig bereitgestellten Deckungsmittel in Höhe von 370 T€.

Der sich durch die aktuellen Mehrkosten ergebende zusätzliche Finanzbedarf wird in 2022 benötigt. Es ist vorgesehen, den noch zu finanzierenden Restbetrag zu den neuen Gesamtkosten (360.100 €) in die Haushaltslesung 2022 im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung haushaltsneutral einzubringen. Den Gesamtkosten stehen geplante Einnahmen von 3 Mio.€ aus Zuwendungen von Dritten gegenüber.

Die Aufgliederung und Begründung der zu erwartenden Mehrkosten wird aus der beigefügten Anlage ersichtlich.

Herlitschke

### **Anlage:**

Kostengegenüberstellung zur Ermittlung der Mehrkosten